

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates, verehrte Bürger,

der Entwurf des **Doppelhaushaltes 2017/2018** beschert und wieder Defizite.

Für 2017 ein hohes; für das Haushaltsjahr 2018 ebenfalls – wenn auch gegenüber 2017 gesunkenes - aber dennoch beachtliches Minus von rund 6 Mio Euro.

Das jedoch bedeutet **keine Entwarnung**, löst die aktuellen Probleme nicht, und eröffnet **keine Spielräume**, etwa für die Rücknahme abgemachter Steuersätze.

Für eine Stadt, mit einem genehmigten 10-Jahres-Haushaltssicherungs-Konzept, sind aber die ausgewiesenen Defizite im Augenblick **weniger entscheidend**.

Wichtiger ist, dass bis 2022 der **Haushaltsausgleich** gelingt.

Die Haushaltszahlen mit der mitgelieferten 1. Fortsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes sind – trotz rückläufiger roter Zahlen – in der Gesamtbetrachtung also keineswegs besser geworden.

Die **Ausgleichsrücklage** längst aufgebraucht, das **Eigenkapital** geschrumpft, die **Kreditaufnahmen** weiten sich aus, und wir können nur hoffen, dass die **Zinsen** stabil bleiben.

Die Ursachen für die schlechte Finanzsituation der Stadt sind vielfältig.

Stellvertretend steht hierfür – immer noch – wenn auch zurzeit niedriger als im Vorjahr - als „**dicker finanzieller Brocken**“ – die Flüchtlings- und Asylbewerberunterbringung.

2017/2018, und weitere Jahre, dokumentieren die schwierige finanzielle Situation der Stadt.

Ohne Gebühren-Erhöhung, eine Anhebung der Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer aber auch **Einsparungen im Verwaltungsbereich** der Stadt, wäre ein Haushaltsausgleich bis 2022 sonst nicht möglich.

Schweren Herzens müssen wir aber – dazu zwingen uns die Haushaltsvorschriften – alle bisherigen **freiwilligen Leistungen** kritisch unter die Lupe nehmen.

Auch hiermit soll ein Beitrag geleistet werden, die roten Zahlen abzubauen helfen.

Bereits beim letzten Haushalt hatten wir das Ziel vor Augen, wie wir zur Verbesserung der Haushaltslage für die nächsten zehn Jahre kommen können, und zwar **Schritt für Schritt und mit Augenmaß**.

Familienfreundlichkeit, die Bemühungen um **Inklusion** – *hier hat die CDU ein wegweisendes Positionspapier für angemessene und **verantwortbare Einbindung** in gesellschaftliche Teilhabe und **Arbeitsprozesse** von Mensch mit Behinderungen erarbeitet* - eine attraktive Stadt, und die Entwicklung des **Unternehmerparks Kottenforst** haben für uns Priorität.

Ebenso die Entwicklung von **neuen Gewerbeflächen**.

Im **Industriepark Kottenforst** stehen keine Flächen mehr zu Verfügung. Deshalb ist die **Ansiedlung von Unternehmen** im benachbarten Unternehmerpark Kottenforst aus unserer Sicht eines der wichtigsten **Zukunftsprojekte**.

Von den zu erwartenden **Gewerbesteuereinnahmen dürfte** der städtische Haushalt langfristig deutlich profitieren, und der Stadt auf diesem Wege zu **soliden** Finanzen verhelfen.

Kontinuität gibt es auch bei dem Thema **Sicherheit**.

Nach dem erfolgreichen „**Meckenheimer Model**“ eines operativen Ordnungsaußendienstes, soll dieser auch künftig bis in die späten Abendstunden gewährleistet bleiben.

Die im **Brandschutzbedarfsplan** vorgesehene Anschaffung von **Fahrzeugen** für die freiwillige Feuerwehr, sind ebenfalls im Haushalt berücksichtigt.

Der hohe Standard bei der Grundpflege soll durch das ganzheitliche **Grünflächenkonzept** auch künftig sichergestellt werden.

Ein Blick auf die **Personalkosten**.

Der 1. Beigeordnete, **Holger Jung**, hat mit einer Analyse die personalwirtschaftliche Sicht der nächsten Jahre aufgezeigt. Die demografische Entwicklung wurde dabei mit einbezogen.

Die Personalkosten werden in den nächsten Jahren **konstant** bleiben. Sie werden sich in der ausgewiesenen Größenordnung in

etwa einpendeln, trotz Mehrkosten durch Tarifierhöhungen, Beförderungen und Stellenausweitung, oder im Bereich Kita, sowie solche im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise.

Die regelmäßig **defizitären Haushaltsergebnisse** führten unmittelbar in die **Kreditfinanzierung** der laufenden Aufgaben, wie Ausgaben für Personal, Sachaufwendungen oder Sozialtransfers.

Dazu wurden mit zunehmender Bedeutung als unterjährige Finanzierungsinstrumente konzipierte **kommunale Kassenkredite** genutzt.

Abschreibungen und Zinsaufwendungen gehen zu Lasten der Ertragsrechnung. Und Tilgungen müssen auch geleistet werden.

Durch unzureichende Erstattung der Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und viel zu **geringe Landeszuschüsse**, entstand allein in den vergangenen Jahren die Defizite in Millionenhöhe.

Die rot-grüne Landesregierung muss den Kommunen **dringend** eine bessere finanzielle Grundausstattung verschaffen; sie muss auf die Übertragung zusätzlicher, kostspieliger Aufgaben ohne Gegenfinanzierung verzichten.

Der Abwärtsspirale ist sonst nicht zu entkommen.

Bedrückend ist die Entwicklung der **Transferaufwendungen**. Eine Entwicklung, auf die wir hier im Rat leider **keinen Einfluss** haben.

Die massiven **externen** Kostensteigerungen – Kosten der Flüchtlingsbewegung, deutliche Steigerung der Kreisumlage, Folgekosten der Investitionen in Flüchtlingsunterkünfte - können **nicht angespart** werden.

Wir werden Ausgabenkontrolle **und Ausgabendisziplin**, wie auch die **branchenmäßige Entwicklung der Gewerbesteuer-Einnahmen** nicht aus dem Auge verlieren.

Alle durchgeführten **Investitionen – und weiter Investitionen, wie in den Umbau der Katholischen und der Gemeinschaftsgrundschule Merl** - sind ein gelungenes Beispiel für das **Wachstum der Stadt**, für ihre Attraktivität und Beweis eben dafür, dass viele **junge Familien** hier ansässig wurden:

Meckenheim wächst, und die Kinderzahlen steigen. Meckenheim als attraktiver Schulträger ist keine Vision, ist Realität.

Das Augenmerk liegt jetzt auf Investitionen in der Schaffung von Wohnraum, die auch den **sozial schwächer** gestellten Menschen aus Meckenheim zugutekommen soll.

Meckenheim liegt in einer wachsenden Region.

Zuwanderung ist nur bei höherer Bautätigkeit möglich. Das jedenfalls schreibt uns die Wohnraumbedarfsanalyse – vom Kreis auf den Weg gebracht – ins Gebetbuch.

Und weiter: Der heutige Wohnungsbestand reiche nicht aus, und die zu erwartende Wohnungsnachfrage zu bedienen.

Wir lesen in der Zeitung:

Der bezahlbare Wohnraum – nicht nur für Flüchtlinge – auch für sozial Schwächere, Ältere, Alleinstehende, Alleinerziehende, ist knapp geworden. 40 Wohnungen hat die Stadt Meckenheim derzeit angemietet um Asylbewerber unterzubringen.

Flüchtling sollen nicht in sprachlosen Parallelgesellschaften verschwinden. Sie sollen Mitbürger werden.

Das steht – neben den vielen ehrenamtlichen Helfern, denen wir großen Dank schulden - im Vordergrund auch unserer Anstrengungen.

Wir werden die richtige Entscheidung treffen, welche Teile der zukünftigen **Neubaunachfrage** im Meckenheimer Stadtgebiet bedient werden soll.

Investiert wurde im Bereich von Kitaplätzen, um den Bedarf an **modernen und ansprechenden** Räumen zu decken.

Beim integrierten **Handlungskonzept „Altstadt“** wurde – **quer durch alle Fraktionen** – stets bedacht, dass eine attraktive Meckenheimer Altstadt zum erfolgreichen Wirtschaften unserer Kaufleute ganz wesentlich beiträgt.

Die Weiterentwicklung des **Gewerbeparks** ist richtig, und die im Haushalt dafür eingestellten Mittel sind notwendig.

Ansiedlungswilligen Gewerbetreibenden sollen Grundstücksflächen angeboten werden können.

Ich komme zum Schluss:

Der Doppelhaushalt 2017/2018 mit der 1. Fortschreibung des **Haushaltssicherungskonzepts** zeigt auf, das es uns ab dem Haushaltsjahr 2022 wieder bessergeht.

Dann ist voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Haushalt zu rechnen.

Die beschlossenen und zu beschließenden Maßnahmen werden greifen.

Wir haben uns einer moderaten Erhöhung der Gebühren und Steuern nicht versperrt.

Den **Stellenplan** tragen wir mit.

Leider müssen wir **weiter Schulden** machen.

Leichtfertig sind wir **noch nie** mit **geliehenem** Geld umgegangen. Doch anders ist die aktuelle, unverschuldete Zwangslage nicht zu verkraften, würde nicht investiert werden können, verfiere die Stadt Meckenheim in einen Dämmerzustand. Dass wollen wir nicht!

Insgesamt können wir dem Doppel-Haushalt 2017/2018 und der ersten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts zustimmen.

Er ist für uns schlüssig und transparent aufgebaut, die Zahlen sind nachvollziehbar, gut erklärt; wir gehen davon aus, dass die Jahresabschlussprüfungen dies bestätigen wird.

Wir danken der Kämmerin, Frau Pia-Maria Gietz, für ihre professionelle Arbeit und die Unterstützung bei den Beratungen des Haushalts bei unserem FraktionskollegInnen und Kollegen.

Wir sind sicher, dass die Aufstellung dieses Doppel-Haushaltes und der ersten Fortschreibung des Haushaltssicherungs-Konzeptes wieder eine besondere Herausforderung und harte Arbeit war.

Nochmals: Herzlichen Dank dafür.